

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochenpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vereins-Vorstände)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 58.

Berlin, Mittwoch, 22. Juli 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Ausperrung in der Niederlausitz. — Delegiertentag des Bundes deutscher, österreichischer und schweizer Brauergesellen. — Arbeitsmarkt und Reisezeit. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Die Ausperrung in der Niederlausitz.

Die Textilindustriellen der Niederlausitz haben ihre Drohung wahrgemacht und die Ausperrung durchgeführt. Seit Sonnabend liegen rund 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf der Straße. Sie sind zu unfreiwilliger Muße verurteilt, nicht weil es keine Arbeit für sie gäbe, sondern weil 60 Arbeiter, ohne daß die Ausgesperrten irgend einen Einfluß auf sie ausgeübt hätten, Forderungen auf Erhöhung ihrer überaus niedrigen Löhne gestellt haben. 30 000 Umsatzzuflüsse müssen mit 60 Walferearbeitern büßen. Wer diese Tatsache sich unvoreingenommen vergegenwärtigt, der muß sich sagen, daß hier Verhältnisse vorliegen, die man eigentlich im 20. Jahrhundert für unmöglich halten sollte.

Die Ausperrung also ist zur Tatsache geworden, und den Arbeitern ist Gelegenheit gegeben, über alle diese Dinge nachzudenken. Ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit hat man sie hinausgeworfen. Vom Deutschen Textilarbeiterverbanden dürften etwa 8000 Mitglieder beteiligt sein, von unserm Gewerkeverein der Deutschen Textilarbeiter rund 2000, die Christlichen kommen mit etwa 500 in Betracht, die übergroße Mehrzahl ist unorganisiert. Ob diese Indifferenten wohl jezt erkennen werden, wie schwer sie sich an sich selbst und ihren Familien verurteilt haben, daß sie sich bisher keine Organisation angeschloffen haben? Der Hauptanteil der Ausgesperrten entfällt auf Forst mit etwa 10—12 000; Cottbus dürfte mit 5—6000 Arbeitern beteiligt sein; die übrigen verteilen sich auf die Städte Spremberg, Guben, Luckenwalde Sommerfeld und Finsterwalde.

Bei der Ausperrung haben die Unternehmer eine eigenartige Taktik beobachtet. Zunächst sind sämtliche Mitglieder des Arbeitgeberverbandes auf das peinlichste unterrichtet worden, wie sie sich den Ausgesperrten gegenüber zu verhalten haben. In Cottbus und Forst hat man den Arbeitern ihre Papiere gar nicht ausgehändigt; in einzelnen Fabriken hat man nicht einmal den restierenden Lohn ausgezahlt, sondern den Arbeitern gesagt, sie sollten ihn sich in den ersten Tagen dieser Woche holen. Ob diese Maßnahmen darauf deuten lassen, daß man in Unternehmertreuen nicht mit einer allzulangen Dauer des Kampfes rechnet? Auch die Betriebe sind nicht völlig geschlossen worden. Nicht ausgesperrt worden sind nämlich die Meister, Unternehmer und Meisterinnen, ferner die Rütcher und Seizer, vor allen Dingen aber auch hat man die Musterweber in den Betrieben behalten. Wahrscheinlich will man mit diesen die Muster fertigtstellen, die jezt unbedingt heraus müssen, wenn nicht die Arbeit für die ganze Saison verloren gehen soll. Beharren die Unternehmer hartnäckig auf ihrem Standpunkt, so werden selbstverständlich diese Musterweber sich solidarisch erklären und ebenfalls die Arbeit niederlegen. Sie können nicht Hausweber für diejenigen sein, die 30 000 ihrer Arbeitsbrüder und -Schwestern rüchichtslos auf das Pflaster geworfen haben.

Trotz der Ausdehnung des Kampfes, der natürlich das Leben und Treiben in den betroffenen Orten stark beeinflusst, zeigen die Arbeiter eine musterhafte Disziplin. Keinerlei Störungen der öffentlichen Ordnung sind vorgekommen. Eindringlich sind die Arbeiter ermahnt worden, sich nicht

von ihrer Erbitterung fortreißen zu lassen, und die Wohnungen werden sicherlich besetzt werden. Die Bürgerchaft steht mit ihren Sympathien völlig auf Seiten der Arbeiter. Das Vorgehen der Unternehmer findet nirgends Billigung. Man versteht es einfach nicht, daß sie der Öffentlichkeit gegenüber erklären, sie seien zu Verhandlungen bereit, aber in der Lohnfrage, auf die es bei den Differenzen mit den Walfern einzig und allein ankommt, wollen sie kein Entgegenkommen zeigen. Was soll denn das heißen? Lächeln läßt sich die Offenlichkeit durch derartige Mäßen nicht.

Die Arbeiterchaft, die an diesem gewaltigen Kampfe unschuldig ist, wird ihn durchführen. Den Textilarbeitern wird auch von den Angehörigen anderer Berufe energische Unterstützung zuteil werden. Trotzdem sprechen wir den Wunsch und die Erwartung aus, daß der Kampf sich nicht allzulange hinzieht, schon um der Volkswirtschaft die schweren Wunden zu ersparen, die ihr bei längerem Stillliegen der Betriebe geschlagen werden müßten. Der bisherige Mißerfolg, eine Verständigung zwischen den streifenden Parteien herbeizuführen, darf nicht von einem erneuten Versuch, Einigungsverhandlungen einzuleiten, abgesehen. Vielleicht finden sich sozialdenkende Männer, die noch einmal den Weg der Verständigung zu finden sich bemühen. Oft schon haben unbeteiligte Dritte derartigen nutzlosen Kämpfen ein Ziel zu setzen vermocht. Leider kann auf die Mitwirkung solcher Unparteiischen nicht verzichtet werden. Das wäre erst möglich, wenn wir ein Reichseinigungsamt hätten, dessen Notwendigkeit gerade durch die Vorgänge in der Niederlausitz am deutlichsten erwiesen wird.

Wie sich die Bewegung weiter entwickeln, wie lange sie dauern wird, darüber läßt sich noch nichts sagen. Wir würden wie gesagt, daß sich recht bald eine Verständigung erzielen läßt. Allerdings bezweifeln wir, daß dies möglich ist, solange die Unternehmer gar kein Entgegenkommen mehr zeigen wollen. Sie bilden sich alle sicherlich viel auf ihr nationales Bewußtsein ein. Wir möchten ihnen deshalb raten, einmal darüber nachzudenken, wie wohl die Ausperrung auf die vielen Tausende von Arbeitern wirken muß, die jezt ohne ihre Schuld der Not und dem Elend preisgegeben werden. Die nationale Gesinnung dieser Leute wird dadurch sicherlich nicht gestärkt. Mander von ihnen wird der Partei dadurch in die Arme getrieben werden, die sich als der unverjöhnliche Feind des Unternehmertums gibt. Die Spannung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird durch die Vorgänge in der Lausitz noch verschärft werden, das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit verwickelter. Auch aus diesem Grunde können die Textilindustriellen nur eindringlich zur Nachgiebigkeit gemahnt werden.

Es ist schon angedeutet worden, wie eindringlich dieser Kampf zur Schaffung eines Reichseinigungsamtes mahnt. Aber noch eine andere Lehre muß man daraus ziehen. Die Reform des Arbeitsrechts darf nicht länger hinausgeschoben werden. Der Möglichkeit, daß wegen Differenzen mit einer kleinen Anzahl von Arbeitern zehntausende Unbeteiligter der Not und dem Elend überantwortet werden, muß ein Niegel vorgezogen werden durch eine zeitgenössige Umgestaltung des Arbeitsrechts. Dieser Erkenntnis können sich sozial einsichtige Menschen angesichts der Vorgänge in der Niederlausitz sicherlich nicht verschließen. Möchte auch die Reichsregierung endlich die richtigen Lehren daraus ziehen!

Delegiertentag des Bundes deutscher, österreichischer und schweizer Brauergesellen.

Vom 16. bis 18. d. Mts. wurde in Berlin der 15. Delegiertentag des Bundes deutscher, österreichischer und schweizer Brauergesellen unter Leitung des Bundesvorsitzenden E. Siegert-Weipzig abgehalten. Eine größere Anzahl von Bundesvereinen ist bekanntlich dem Verbande der deutschen Gewerkevereine angeschlossen. Der Bundesvorstand war vertreten durch seine beiden Vorsitzenden E. Siegert-Weipzig und G. Bill-Berlin, den Schriftführer Schumann-Weipzig, den Rechnungsführer, den Obmann der Unterstufungskasse für alte und invalide Mitglieder, der Rechtschutz- und der Prekominmission W. Lindner-Berlin und den zweiten Bundesbeamten Dillmann-Cöln.

Als Delegierte wohnten den Verhandlungen bei Block und Jung-Berlin, Traut-Stettin, Gretschlein-Weipzig, Wohlfahrt-Dresden, Schmidt-Cera, Kühne-Samburg, Schulz-Magdeburg, Neumeister-Deßau, Lürk und Koch-Dortmund, v. Brachel-Cöln, Reichert-Elberfeld, Zimmermann-Mühlheim a. Ruhr, Löb-Spangfurt a. M., Kug-Mainz, Werner-Kaiserlautern, Wenzauer-München, Fischer-Wamberg, Ruch-Breslau und Röhler-Birch.

Nach einer Vorberedung und einem Begrüßungsabend am Mittwoch begannen Donnerstag früh 8 Uhr die Verhandlungen. Dem vom Bundesvorsitzenden Siegert ausführlich erstatteten Tätigkeitsbericht über die beiden letzten Vereinsjahre 1912/14 entnahmen wir folgendes besonders Bemerkenswerte:

Kein Gewerbe hat so intensive Entwicklungsmöglichkeiten in den letzten Jahren durchgemacht wie das Brauergewerbe. Das beweist der sich stetig ständig vollziehende Fusionsprozeß, durch welchen jährlich rund 200 Brauereibetriebe von der Bildfläche verschwinden, an deren Stelle meist bezeichnenderweise Niederlagen von Großbrauereien treten.

Es muß aber betont werden, daß für eine ausgesprochene Berufsorganisation diese Momente doppelt in die Waagschale fallen bei der Erhaltung der Mitglieder in Lohn, Brot und auch Mitgliederzuwachs. Es verursacht deshalb mitunter viel Arbeit und Mühe bei Stillelegung von Betrieben, die Kollegen unterzubringen, resp. schadlos zu halten seitens der Organisationsleitung.

Wenn wir auch in Anbetracht der vorbezeichneten Umstände nicht allzumal Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen haben, so kostet es doch außerordentlich viel Arbeit und Mühe, das Gewonnene zu erhalten; hauptsächlich, da wir ständig den Abwehrkampf gegen den Brauer- und Mühlenerbeiterverband zu führen haben, der an Geschäftigkeit nichts zu wünschen übrig läßt und sogar in letzter Zeit offensichtlich dazu übergeht, vorstehende und leitende Personen unserer Ortsgruppen mit allen erdenklichen terroristischen Gewaltmaßnahmen und Drohungen brotlos zu machen, wobei von ihnen aber als selbstverständlich betrachtet wird, daß ihre Funktionäre den weitesten Spielraum haben und Leute belästigen und schikanieren können nach Herzenslust. Hier werden wir bei jedem Fall in Zukunft zurecht vorzugehen auf Grund des Urteils des Oberlandesgerichts Rumburg. Es dokumentiert sich hier wieder zur Genüge die Unzulänglichkeit der „freien“ Gewerkschaften und ist nur noch zu verwundern, daß man dort zu solchen Mitteln den Mut findet, in einem Atemzuge nach Koalitionsfreiheit schreit und in

demselben den schlimmsten Koalitionsraub und -Anmaß an Andersorganisierten begeht.

Nachdem die sozialen Wahlen, welche das erste Mal unter dem Verhältniswahlsystem stattgefunden, ein ganz erfreuliches Resultat zeitigten, wobei auch direkt aus unseren Reihen eine ganz ansehnliche Zahl als Vertreter gewählt wurden und dadurch die von mir zum letzten Delegiertentag dazu vorgelegten Resolutions ihren Zweck erfüllten, heißt es hier fortgesetzt weiter arbeiten.

In wirtschaftlicher Beziehung ist auch in genügender Weise für die Mitglieder gesorgt worden. Es wurden erzielt im Jahre 1912 für 560 Bundesmitglieder an Lohnerhöhung 59 048 Mark und 31 575 Stunden Arbeitszeitverkürzung und sonstiges mehr, 1913 für 572 Bundesmitglieder 62 810 Mark und 42 540 Stunden Arbeitszeitverkürzung. Leider mußte bei den Lohnbewegungen 1913 zum letzten Mittel, dem Streik, gegriffen werden.

Was die Unterstützungsbetrachtungen anbetrifft, so muß konstatiert werden, daß wir bei den jetzigen Beitragsleistungen am Ende unserer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Die Unterstützungskasse für alte und invalide Mitglieder hat mit einem laufenden jährlichen Zuwachs zu rechnen, der die Kassenausgaben fortlaufend erhöht; auch die Sterbekasse wird mit den Einnahmen voll aufgebraucht.

Bezüglich der Bundeszeitung ist wohl zu konstatieren, daß im ganzen der Inhalt besser geworden ist, jedoch sind auch einige Artikel erschienen, welche uns ungemein geschadet und mitunter wochenlange Agitationsarbeit mit einem Schläge vernichtet haben.

Sehr viel Arbeit erfordern die fortlaufenden statistischen Arbeiten, einesseits Lohndatistik für das statistische Amt des Reichs, Gesamtdatistik, Einnahmen und Ausgaben der Organisation betr. Arbeitslosenstatistik und die weiteren für die Landesämter des Königreichs Sachsen, Bayern und Großherzogtum Baden.

Es folgten sodann die Berichte des zweiten Bundeskongresses über seine Tätigkeit vom 1. Februar 1913 bis 30. April 1914, der sich hauptsächlich damit beschäftigt hat, die Organisation noch immer zu stärken und neue, opferwillige Mitarbeiter zu gewinnen, der Bericht des Obmanns der Unterstützungskasse für alte und invalide Mitglieder des Bundes, der 33 eingegangene Unterstützungsgeluche und einen Vermögensstand von 131 684,73 Mark ausweist, des Obmanns der Rechtschutzkommission, der sich mit 35 Rechtschutzfällen beschäftigten mußte, und des Obmanns der Preßkommission, die eine vermehrte Tätigkeit — es waren 260 Schriftsätze zu erledigen — entfallen mußte.

Nach dem vom Rechnungsführer erstatteten Bericht über die Bundeskassen hatte die Invalidenkasse eine Zunahme von 21 400 Mk., die Arbeitslosen-Unterstützungskasse einen Bestand von 17 093,45 Mk., die Sterbekasse einen solchen von 15 897,87 Mk. und die Bundeskasse einen solchen von 8730,35 Mk., so daß sich das Gesamtermögen des Bundes auf 173 653,75 Mk. (22 352,05 Mk. mehr als am 30. Juni 1912) stellt. Nach dem Bericht der Rechnungsprüfungskommission durch Schulz-Magdeburg wurde dem Kassenvorstand für seine aufopfernde, selbstlose Tätigkeit gedankt.

Einen breiten Raum der Verhandlungen nahmen die 74 von den Bezirken und Vereinen eingereichten Anträge zu den Satzungen des Bundes und seiner Wohlfahrtseinrichtungen etc. ein. Angenommen wurden u. a. der Antrag, daß künftig alle in Branerereien, Mälzereien und Brauereien Beschäftigten in den Bund aufgenommen werden können. Aus anderen Organisationen bis zum vollendeten 45. Lebensjahre Ueberretenden soll ein Jahr ausgeschrieben werden ohne Rücksicht der Mitgliedschaft bei den betreffenden Organisationen. Die Karenzzeit für solche Mitglieder bezüglich des Bezuges aus der Unterstützungskasse beginnt mit dem Tage des Eintritts; die Umschreibung erfolgt durch den Hauptvorstand, nachdem das frühere Verbandbuch abgeliefert ist. Das Eintrittsgeld für den Bund beträgt 1 Mk., in den Bundesvereinen darf ein Eintrittsgeld nicht mehr erhoben werden. Das Bundes-Mitgliedsbuch wird frei abgegeben. Mitglieder die in der Schweiz arbeiten, müssen sich einem dortigen Bundesverein anschließen. Der Rechtschutz wurde auf das schiedsgerichtliche Verfahren ausgedehnt. Der Titel des Bundes soll nach Erledigung der notwendigen Vorarbeiten lauten: „Bund deutscher und schweizer Brauer und verwandter Berufe“; entsprechend wird der Titel der Bundeszeitung vom 1. Januar 1915 ab geändert. Mit den Herausgebern der Bundeszeitung wurde ein Vertrag auf 5 Jahre abgeschlossen; die Zeitung er-

scheint vom 1. Januar 1915 ab vierseitig in 48 und sechsseitig in 4 Nummern (Quartalsnummern); der Inhalt soll sozial- und wirtschaftspolitisch noch mehr ausgebaut, die Vereinsberichte, der Versammlungsstatistik etc. möglichst kurz gefaßt werden. Die Delegiertentage werden künftig nur alle drei Jahre abgehalten, dagegen sollen auf diesen alle Vereine über 50 Mitglieder durch einen Delegierten vertreten sein und die kleineren Vereine behufs der Delegiertenwahl zusammengelegt werden. In den Unterstützungs-kassen wurden einige fördernde Bestimmungen eingefügt bzw. geändert, die Beitragszahlung durch Bodenmarken beschloffen und dem Bundesvorstand das Recht gegeben, bei eintretenden Lohnrückstellungen, Streiks und Ausperrungen erforderlichenfalls Ertragsbeiträge, vorläufig vier solcher Beiträge innerhalb des nächsten Jahres, zu erheben. Für die Stellenvermittlung wurden größere Bestimmungen festgelegt.

Bezüglich des Koalitionsrechtes der Arbeiter und der Sozialpolitik nahm der Delegiertentag nachstehende Entschiedenheit einstimmig an:

Der Delegiertentag erklärt, daß ein freies, liches Koalitions- und Vereinigungsrecht eine der wichtigsten Voraussetzungen für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft ist. Deshalb kann es nicht Aufgabe einer weit aussehenden Gesetzgebung und Rechtsprechung sein, der Arbeiterbewegung als einem Kulturfaktor, durch beherrschbare Strafbestimmungen oder durch kleinliche Schikanen, ja sogar durch Ausnahmegesetze, entgegenzutreten. Eine jede, die Gleichberechtigung des Arbeitertandes verletzende Tendenz bewirkt am Ende nur Schaden und Erbitterung gegen unser Staatswesen. Der Delegiertentag beurteilt ganz entschieden das terroristische Verhalten der freigebergesellschaftlichen Organisationen gegen die sozialdemokratisch organisierte Arbeiter, sind aber der Ueberzeugung, daß Uebergriffe zu fügen, die bestehenden Gesetze zur Anwendung gebracht, ausreichen und daher keine Veranlassung vorliegt, Ausnahmegesetze zu schaffen; im Gegenteil fordern wir die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung.

Der Delegiertentag ist ferner der Ansicht, daß die Behauptungen, die Fortführung der Sozialgesetzgebung sei geeignet, Industrie und Handel in ihrer Entwicklung zu hemmen, nicht zutrifft; im Gegenteil sei der Durchführungs derselben ist die geradezu glänzende Entwicklung der deutschen Industrie und des deutschen Handels zu vergleichen. Wir erkennen gern an, daß die in der Sozialgesetzgebung enthaltene soziale Fürsorge äußerst segensreich gewirkt hat. Es kann jedoch nicht die Rede davon sein, einen Stillstand im weiteren Ausbau einzutreten zu lassen, da die Schonung und Gehaltsverbesserung der Arbeiterschaft das höchste Gut ist. Deshalb fordern wir weiteren Ausbau derselben.

Der bisherige Bundesvorstand (stellvertretender Vorsitzender, Rassenführer sowie der Obmann der Unterstützungskassen, der Rechtschutz und der Preßkommission), die sämtlich ihren Sitz in Berlin haben, wurden mit lebhaftem Ausdruck des Dankes für ihre dem Bunde bisher geleisteten Dienst einstimmig wiedergewählt. Auch der Bundesgeschäftsführer, der bisher in Leipzig seinen Wohnort hatte, soll dem Verein Berlin entnommen werden, während zwei Bewerber dem Verein Leipzig, wofolst sich der Sitz des Bundesvorstandes befindet, wie bisher entnommen werden sollen. Der Wohnort des Agitationsbeamten Dillmann-Wöln soll zweckentsprechend abgewechselt werden.

Als Tagungsort für den 16. Delegiertentag im Jahre 1917 wählte man einstimmig Magdeburg.

Die Generalversammlung der Zentral-Kron-Lengeld-Zuschußkasse und Sterbekasse des Bundes (Sitz Dortmund) unter Leitung des Vorsitzenden Koch-Dortmund schloß sich an. Sie erledigte ausschließlich Verwaltungsangelegenheiten.

Arbeitsmarkt und Reisezeit.

In den letzten beiden Jahrzehnten hat der Reiseverkehr während der Sommermonate eine außerordentlich große Ausbreitung erfahren. Durch diese starke Zunahme des Reisens und des Aufenthalts in den Badeorten wird auch in jedem Jahre der Arbeitsmarkt nicht unwesentlich beeinflusst. Es treten auf dem Arbeitsmarkte Verschiebungen ein, die durchaus nicht gering sind. Jedenfalls erfährt dadurch das Arbeitsverhältnis vieler zehntausender Personen eine Umänderung. Am weitestgehenden sind wohl die Verhältnisse, die im Gastwirts- und Hotelgewerbe herortreten. In den Bade- und Luftkurorten und an den sonstigen Plätzen mit einem starken Touristenverkehr macht sich ein starker Bedarf nach den verschiedensten Berufskategorien bemerkbar; namentlich Kellner, Köche und Köchinnen, Hotelbediener, Zimmermädchen werden viel verlangt. Da die Besucher der Badeorte vielfach Großstädter sind, so wird auch Personal

verlangt, das mit den Gewohnheiten des großstädtischen Publikums vertraut ist. Während sonst vielfach die Arbeiter vom Lande und aus den Kleinstädten in die Großstädte ziehen, sehen wir hier in den Badeorten vielfach, daß großstädtisches Personal vorübergehend nach kleinen Orten zieht.

Auch noch für andere Berufskategorien entsteht in den Badeorten vorübergehend Nachfrage. Bäder, Konditoren und Fleischer finden daselbst häufig ein Arbeitsunterkommen, teils in Hotels und Gastwirtschaften, teils auch in Ladengeschäften; ziemlich stark ist in den Badeorten auch der Bedarf nach Barbieren, Friseurern und Dienstmädchen. Entsprechend dem gesteigerten Verkehr und dem starken Zustrom von Fremden werden auch in größerem Umfange Kutscher und Chauffeure gesucht. Einen besonders großen Einfluß hat der Reise- und Touristenverkehr auf die Binnensee- und Flusschiffahrt und auch auf manche Lokal- und Gebirgsbahnen. Auch dabei werden in den Sommermonaten während der Hauptreisezeit viel mehr Personen beschäftigt als in den anderen Monaten. Vielfach läßt der Reiseverkehr auch schon in den kaufmännischen Betrieben Einfluß aus. Die Zahl der kaufmännischen Betriebe, die in den Sommermonaten in Badeorten Zweigstellen eingerichtet haben, wächst ständig, und damit steigt auch die Zahl der kaufmännischen Angestellten, die im Sommer in Badeorten tätig sind.

Von nicht geringer Wichtigkeit ist ferner der Verkehr in den Badeorten auch für die Ansichtspostartenindustrie und für die Zinnschmelzindustrie, die sogenannten Geschenken- und Erinnerungsgüter anfertigen. Allerdings werden diese Sachen nicht erst während der Reisezeit angefertigt, sondern schon vorher. Auch für Photographen, Gärtner und für verschiedene Luxusgewerbe bringt der Verkehr in den Badeorten Vorteile. Nicht gering ist auch während der Reisezeit der Umsatz in Büchern. Viele Leute lesen Bücher fast nur in der Sommerfrische. Es ist ja in den letzten Jahrzehnten eine besondere Reiseliteratur entstanden, die zwar meistens nur leichteren Stoff bringt, aber doch einen großen Umsatz hat. Recht häufig läßt der Reiseverkehr auch auf die Tätigkeit und die Einkommensverhältnisse der in den Badeorten und in deren Umgebungen einheimischen Bevölkerung einen bemerkenswerten Einfluß aus. So manche Leute machen sich aus dem Abergemieteten von Zimmern ein Nebengewerbe; andere stellen Wohnzuhause für die Badegäste; arme Frauen und Kinder schaffen sich einen Verdienst, indem sie Beeren, Pilze und Blumen an die Badegäste verkaufen.

Auch noch darüber hinaus hat der Reiseverkehr der Sommermonate Einfluß auf den Arbeitsmarkt. In den Gebirgsgegenden kommt es oft vor, daß die einheimische Bevölkerung Gegenstände, die in der Heimindustrie angefertigt werden, an die Badegäste absetzt. Dadurch, daß der Touristenverkehr eine so weite Ausbreitung genommen hat, haben sich sehr viele, früher kleine, unbedeutende und ärmliche Orte zu Plätzen mit größeren und schöneren Bauten, mit besseren Straßen und öffentlichen Anlagen entwickelt. Diese Entwicklung geht noch immer vor sich. Dadurch wird auch in den Badeorten ein starker Bedarf nach Maurern, Zimmerern, Dachdeckern, Baufachleuten, Klempnern, Stuckateuren, Malern, Gläsern, Tischlern, Steinbauern, Steinsehern, Köpfen usw. und deren Hilfsarbeitern hervorgerufen. Gerade in den Zeiten, die für verschiedene Großstädte recht schlechte Baukonjunkturen brachte, haben viele großstädtische Arbeiter aus den Baugeverben die Gelegenheit benutzt, in diesen aufstrebenden Badeorten zeitweise ein Arbeitsunterkommen zu finden.

Bei allen den Angestellten und Arbeitern, die während der Sommermonate in den Badeorten tätig sind, kann man oft die Beobachtung machen, daß sie zusammen mit der Frau in die Badeorte ziehen. Der Mann ist viellecht als Kellner, Hotelbediener, Bierzapfer beschäftigt, die Frau als Köchin, Aufwartefrau, Garbenfrauen usw. Die Kinder werden dann gewöhnlich bei den Großeltern oder anderen Verwandten untergebracht.

Was die Arbeitsverhältnisse der meisten in den Badeorten tätigen Angestellten und Arbeiter anbetrifft, so muß leider gesagt werden, daß sie oft nicht die besten sind. Ungünstiger als in den Großstädten stehen die meisten schon da, weil es an vielen kleinen Orten keine Gewerbe- und Kaufmännereien gibt, so daß alle die Angestellten bei Streitigkeiten auf das umständliche und langsame Verfahren von den Amtsgerichten angewiesen sind. Allgemein wird auch darüber gesagt, daß die Angestellten und Arbeiter in den Badeorten nur ganz unzureichende Wohnmöglichkeiten haben. Namentlich in den größeren und luxuriösen Badeorten wird jedes Plätzchen ausgenutzt. Da müssen sich die gegen Lohn Beschäftigten Personen mit den schlechtesten Räumlichkeiten begnügen; oftmals

werden ihnen nur mufelige Winkel, Keller, über- heizte Dachkammern, abgeteilte Korridore oder gar Schuppen und selbst Ställe als Schlafstellen ange- wiesen. Manche bekommen nicht einmal ein Bett, sondern müssen mit irgend einer improvisierten Lagerstelle fürbleiben. Auch über die Ver- schafftheit des verbotenen Essens beklagen sich viele. Verschiedentlich bestehen auch schon in den Badeorten Tarifverträge, aber für viele Kategorien ist es üblich, daß deren Angehörige viel mehr auf die Krimgelder angewiesen sind, als auf die fest- gesetzten Löhne.

Wie viele Zehntausende jetzt in jedem Jahre während der Sommermonate ein Arbeits- unterkommen in den Badeorten finden, läßt sich nicht feststellen, aber ihre Zahl ist doch nach dem Ge- sagten so groß, daß der Arbeitsmarkt dadurch nicht unwesentlich beeinflusst wird.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 21. Juli 1914.

Die Zentralratsung am Freitag wurde ein- geleitet mit einer Begrüßungsansprache des Vor- sitzenden Kollegen Sartmann an die zahlreichen neuen Zentralratsmitglieder, die zum ersten Male an der Sitzung teilnahmen. Auch dem Kollegen Raab wurden anlässlich seines 50. Ge- burststages herzliche Glückwünsche dargebracht. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete eine Aus- sprache über die angeordnete Ausperrung der Textilarbeiter in der Niederlausitz. Der Verbandssekretär Kollege Neustadt gab einen Ueberblick über die Entstehung der Bewegung, die Forderungen der Arbeiter und die Vorgänge, die sich daran geknüpft haben. Redner sprach den Wunsch aus, daß es gelingen möge, die Ausperrung wegen ihrer schweren wirtschaftlichen Folgen zu ver- hüten. Sollte es nicht möglich sein, so würde der Gewerdberein der Textilarbeiter den Kampf auf- nehmen und dabei auf die energische Unterstützung aller übrigen Gewerdbereine rechnen können. An das Referat knüpfte sich eine ungemein lebhaft ausgeführte, in der sämtliche Redner die Androhung der Ausperrung als eine Brutalität der Unter- nehmer brandmarkten. Einmütig war man der Ansicht, daß der Gewerdberein der Textilarbeiter den unvermeidlichen Kampf mit Ehren durchsetzen müsse, und daß ihm dabei sämtliche Glieder des Verbandes der Deutschen Gewerdbereine treu zur Seite stehen. Das Ergebnis der Aussprache war die einstimmige Annahme folgender Entschlie- ßung:

„Der Zentralrat nimmt Kenntnis von der ange- drohten Ausperrung in der Niederlausitzer Textil- industrie, spricht dem Gewerdberein der Deutschen Textilarbeiter seine volle Sympathie aus und sagt ihm, wenn die Ausperrung von längerer Dauer sein sollte, auch in finanzieller Hinsicht energische Unterstützung zu. Trotzdem bedauert der Zentralrat den schweren Kampf, dessen Opfer in keinem Verhältnis zu dem Streitgegenstand stehen. Er bedauert ferner ganz be- sonders, daß nicht eine Reisedelegation vorhanden ist, die verpflichtet wäre, in diesem Falle Einigungsverhand- lungen anzubahnen, um diesen Kampf baldigst zu beenden.“

In einer weiteren Entschlie- ßung wurde ausdrück- lich dem Gewerdberein auch die materielle Unterstützung zugesagt.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit verlagert.

An die Ortsverbände sind vor kurzem Frage- bogen versandt worden, auf denen Auskunft ge- geben werden soll über die Erfolge beider Wahlen zu den Versicherungs- ämtern. Zweck der Umfrage ist, auf Grund des gewonnenen Materials, Verhaltensmaßregeln für die Wahlen zu den Oberversicherungsämtern geben zu können, die bis Ende September abgeschlossen sein müssen. Wir haben bei den Wahlen zu den Versicherungsämtern verhältnismäßig gut abge- schnitten und können auch weiterhin Erfolge er- zielen, wenn die Vorarbeiten geschäftig und energisch in die Hand genommen werden. Deshalb möchten wir heute noch einmal die Aufmerksamkeit auf diese Fragebogen richten. Von einem sehr großen Teile der Ortsverbände ist erfreulicherweise die Rück- sendung schon erfolgt. Aber recht viele stehen doch noch aus, und wir richten deshalb von dieser Stelle aus noch einmal das dringende Ersuchen an die Säumigen, unverszüglich die Aus- füllung vorzunehmen und die Fragebogen an das Verbands- bureau zurückzuschicken. Wer diesem Rufe nicht Folge leistet, der ist mit schuld daran, wenn die Deutschen Gewerdbereine bei den Wahlen zu den Oberversicherungsämtern nicht den Erfolg erringen, der möglich ist. Kein pflichttreuer Orts- verbandschriftführer wird sich einem derartigen

Vorwurf machen lassen wollen, und wir erwarten deshalb, daß noch in dieser Woche die bis jetzt noch zurückbehaltenen Fragebogen eingelandet werden.

Gegen die sächsische Streikverordnung hat die am 12. Juli in Dresden stattgefundene Bezirks- konferenz des 9. Bezirks des Gewerdbereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter Stellung ge- nommen. Es wurde nach einem Referat des Kolle- gen Berndt eine ausführliche Entschlie- ßung einstimmig angenommen, in der zum Schluß an die sächsische Regierung das Ersuchen gerichtet wurde, die Verordnung wenigstens dahin zu ergänzen,

daß die in den §§ 4 und 5 angeordneten Maßnahmen nicht nur einseitig gegen Streikposten und Ausgesperrte und Streifende, sondern gegebenenfalls auch einseitig gegen Streikbrecher, Streikbrecher-Agenten und Beauf- tragte der Unternehmer, sobald diese sich der im § 4 geordneten Verhelfungen gegen Streifende, Ausgesperrte und Streikposten schuldig machen, Anwendung zu finden haben.

Aber der Protest gegen die Streikverordnung hat sich nicht auf die Gewerdbereinstreife be- schränkt. Am letzten Sonntag hat in Dresden eine Konferenz von Vertretern der nationalen Arbeiter- und Hilfsorganisationen stattgefunden, an der nicht nur unsere Gewerdbereine, sondern auch die christlichen Gewerkschaften und die evangelischen Arbeitervereine teilgenommen haben. Auch auf dieser Tagung wurde eine scharfe Resolution gegen die neue Streikverordnung angenommen, die ge- eignet erscheint, schwere wirtschaftliche Schädigungen und soziale Gefahren herauszubekämpfen und die Arbeitskämpfe unmissig zu verschärfen.

Wir können nur dringend wünschen, daß diese Kundgebungen ihren Eindruck auf die sächsische Re- gierung nicht verfehlen. Das Schlimmste, was sie tun könnte, wäre, daß sie diese Streikverordnung juristisch, weil sie nicht nur zwecklos ist, sondern unabsehbaren Schaden stiften muß.

Zur Fortführung der Sozialpolitik hat in diesen Tagen die Jahresversammlung der Ver- einigung heilich-nassauischer Bezirke des Vereins für Handlungskommiss 1858 Stellung ge- nommen. Sie hat in einer Resolution sich scharf gegen einen Stillstand in der sozialen Gesetzgebung aus- gesprochen. Weiter heißt es in der Resolution, daß nur derjenige, der sich nicht benützt ist, was durch die Sozialpolitik bisher geleistet worden ist, die Möglichkeit eines Abchlusses in Erwägung ziehen kann.

Wenn gewisse Unternehmer für die Fortführung der Sozialpolitik kein Verständnis haben, so ist es umso mehr Pflicht und Aufgabe einer selbstbewußten Regierung, für die gesunde Entwicklung der weiten Volkstreife freie Bahn und Schutz zu schaffen und damit die Kraft des deutschen Volkes zu erhalten und zu fördern. Ganz besonders muß darauf hingewiesen werden, daß die Handlungsgesellen weit mehr als bisher von der Gesetzgebung berücksichtigt werden müssen. Wollige Sonntagsruhe, Regelung der Arbeitszeit in den Kontoren, Anstellung von Handbe- inspektoren, Regelung von Lehrlingsausbildung, Er- richtung von Kaufmannskammern und andere For- derungen müssen unbedingt erfüllt werden. Fort- führung der Sozialpolitik heißt Sicher- ung der Volkszukunft.“

Zur Lohnbewegung der Barmbergarbeiter.

Die Bergarbeiter des Barmbergreviers sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Obgleich die Löhne im 4. Vierteljahr 1913 und im 1. Vierteljahr 1914 schon gesunken waren, wurden diese von den Werks- verwaltungen im 2. Vierteljahr 1914 weiter erheb- lich gekürzt, z. T. bis zu 50 Pfa. pro Schicht. Die Bergarbeiterorganisationen traten deshalb in Be- ratungen mit Vertretern der Belegschaft ein und wurde ein gemeinsames Vorgehen beschlossen. Zum Laufe der vergangenen Woche fanden nun im Revier Versammlungen der Belegschaften statt, die von mehr als 5000 Bergarbeitern besucht waren. In diesen Versammlungen, in denen Redner der vier Bergarbeiterorganisationen sprachen, wurden fol- gende Forderungen gutgeheißen, die von den Ver- tretern der Organisationen und den Vertretern der Belegschaften vereinbart waren:

1. Das Gehänge ist so zu bemessen, daß der Bauer nicht unter M. 570 pro Schicht verdient. Beim Abschluß des Gehanges ist den Arbeitern ein größeres Mitbestimmungsrecht einzuräumen, damit die tatsächlichen Verhältnisse mehr berücksichtigt werden.
2. Die Löhne für Zimmerbauer und sonstige Ar- beiter sollen wieder auf den Stand gesetzt werden, den dieselben vor den jetzigen Lohnkürzungen hatten.
3. Bei Bestrafung wegen unreiner Ladung oder Winderwasch sollen die tatsächlichen Flöß- und Streckenverhältnisse mehr als bisher berücksichtigt werden.

In sämtlichen Versammlungen wurde außer- dem eine Resolution angenommen, in der gegen die Lohnkürzungen protestiert wurde, und die Ar-

beiterausschüsse beauftragt wurden, diese Forde- rungen sowie die weiteren speziellen Wünsche der Belegschaften den Werkverwaltungen zu unter- breiten. Ferner wurde das gemeinsame Vorgehen der Organisationen begrüßt und die Unorganisierten aufgefordert, sich ungehäumt den Organisationen anzuschließen.

Die Forderungen sind inzwischen nebst ein- gehender Begründung sowohl von den Arbeiteraus- schüssen, als auch den Organisationsvertretern den Werkverwaltungen unterbreitet worden. Soffent- lich kommen die Verwaltungen den beschiedenen Wünschen der Arbeiter entgegen!

Arbeiterbewegung. In Solingen ist es in der Maschinenindustrie wieder Erwarten noch in letzter Stunde zu einer Verständigung gekom- men. Nach Verhandlungen vor dem Gewerdberecht haben sich die Organisationen der Unternehmer und Arbeiter geeinigt, so daß nach fast halbjährigem Kampfe der Streik beendet wurde. — Seit längerer Zeit streiken in den Kaffeeeriewerken von Kasse und Sohn in Halle a. S. die Arbeiter, in der Hauptstadt Metallarbeiter, Holzarbeiter, Sattler und Maler. Wenn auch die Firma bemüht ist, Arbeitswillige heranzuziehen, so gelingt es doch nicht, den Betrieb ordnungsmäßig aufrecht zu erhalten. — In der Stechpianosfabrik in Gotha haben die Holzarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, ohne daß es ihnen ge- lüftet wäre, wesentliche Verbesserungen zu erzielen. — An der neuen Heimbüchle Wingen- Müdesheim sind etwa 600 Arbeiter in den Streik getreten.

Der Streik der Eisenbahner im Saag nimmt unverändert seinen Fortgang. Erfreulicherweise haben die Ausschreitungen auf den Straßen aufgehört. — Die Maschinenisten und Geizer auf den westamerikanischen Eisenbahnen haben entgegen ihrer ursprünglichen Erklärung doch noch die Vermittlung der Bundes- regierung angerufen. — In Christiania sind sämtliche Straßenbahnangestellten in den Ausstand getreten, so daß der Verkehr vollstän- dig ruht. — Der Streik der Bäckergesellen in Moskau hat derartig an Umfang zuge- nommen, daß ein starker Brotmangel und insolge- dessen eine Brotverteuerung eingetreten ist. Es sind etwa 8000 Gesellen daran beteiligt. — In Waku (Rußland) streiken schon seit längerer Zeit die Rapphaarbeiter. Mehrfach haben Zu- sammenstöße mit der bewaffneten Macht statt- gefunden. Als Protest gegen die Unruhen sind in Petersburg über 50 000 Arbeiter in einen Demonstrationstreik eingetreten.

Die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohl- fahrt (Reichsanstalt) in Charlottenburg, Froun- hoferstraße 11-12, veröffentlicht ihren Jahresbe- richt für das Jahr 1913. Von dem Interesse, dessen sich die Ausstellung in immer weiteren Kreisen zu erfreuen hat, gibt vor allem die stetig wachsende Zahl der Besucher Kunde, die sich von rund 32 000 im Vorjahr auf über 35 000 gehoben hat. Was der Ausstellung vor mancher anderen ihren besonderen Wert verleiht, sind die hochver- ständigen Gruppenführungen, die auf vorherige Anmeldung jederzeit veranstaltet werden. Solche Führungen fanden im Jahre 1913 574 mit rund 21 000 Teilnehmern statt. Es waren daran nicht nur Berliner beteiligt, sondern auch auswärts finden sich häufig Besucher, vornehmlich Gruppen von Werkmännern und Arbeitern bestimmter Berufsarten, die auch besondere Führungen für Auf- sichtsbeamte, Studiengesellschaften, Teilnehmer an Kursen der verschiedenartigsten Organisationen, Fortbildungsschulen usw. veranstaltet werden.

Ihren Inhalt nach hat die Ausstellung im abgelaufenen Jahre wieder erheblich an Umfang gewonnen. Der im Juni v. J. zusammengetretene fachwissenschaftliche Beirat der Ausstellung hat unter den vorhandenen Ausstellungsgegenständen manche bezeichnet, die den Unfallverhütungsvor- schriften und gewerbehygienischen Anforderungen nicht mehr ganz entsprechen und daher auszu- scheiden waren. Es ist Sorge getragen, daß die dadurch entstandenen Lücken durch neuere Kon- struktionen ersetzt sind. Von mehr als 1100 Aus- stellern werden zur Zeit rund 3600 Einzelgegen- stände zur Ausstellung gebracht. Eine Neuerung be- steht in der Veranstaltung von Sonderausstellungen zur Veranschaulichung der gewerbehygienischen und Unfallverhütungseinrichtungen für einzelne Berufsarten; so war u. a. vom April bis Juli v. J. eine solche Ausstellung von Einrichtungen zum Schutze der in Metallbrennen und Metallbear- beitungen beschäftigten Personen gegen die schädlichen Wirkungen nitroser Gase eröffnet. Einen besonderen Wert erhält der Jahresbe- richt der Ausstellung durch die Veröffentlichung der Gutachten, die der Beirat über diese Sonder-

